



WTO und Freihandelsverträge: Mehr Zeit für die weiteren Reformen

Jacques Bourgeois, Direktor Schweizerischer Bauernverband, Brugg

Was sich seit einigen Wochen abzeichnete, hat sich Ende Juli bestätigt. Die Doha-Runde ist – wenn auch nicht unbedingt definitiv – vorläufig auf Eis gelegt. Das ursprüngliche Ziel bis Ende dieses Jahres ein Resultat zu haben, kann nicht erreicht werden. Bis zum Abschluss der Doha-Runde werden einige Jahre vergehen. Bis dahin gelten die aktuellen WTO-Regeln.

Der Vorschlag der G20-Länder, der am Schluss auf dem Tisch lag, wäre definitiv ein katastrophales Ergebnis für die Schweizer Landwirtschaft gewesen. Unsere Bauern hätten 40 bis 60 Prozent ihres Einkommens verloren. Ein Einkommen, das schon heute auf sehr tiefem Stand ist. Aus der Sicht der Schweizer Bäuerinnen und Bauern ist deshalb kein Resultat besser, als ein schlechtes.

Grund für das Scheitern der Doha-Runde waren die grossen Gegensätze zwischen den verschiedenen Akteuren wie USA, EU, Schwellenländer, Agrarexporteur und -importeure. Keine Seite zeigte sich bereit, der anderen entgegenzukommen. Um ein von allen Ländern akzeptierbares Resultat zu erreichen, braucht es Kompromissbereitschaft von sämtlichen Mitgliedern der WTO. Um die Vielfalt der einzelnen Landwirtschaften zu erhalten, muss auf die Besonderheiten der bäuerlichen Betriebe in den einzelnen Ländern Rücksicht genommen werden. Die WTO darf die Zukunft der Schweizer Familienbetriebe nicht in Frage stellen.

Nachdem die WTO nun länger oder kürzer pausiert, stellt sich die Frage, wie es im internationalen Handel weiter geht. Grundsätzlich sind aus Sicht des Schweizerischen Bauernverbandes multilaterale den bilateralen Abkommen vorzuziehen. Bilaterale Verhandlungen sind für ein kleines Land wie die Schweiz immer viel riskanter als multilaterale. Ein kleiner, aber tragbarer Schritt vorwärts in der WTO wäre deshalb besser gewesen, als das totale Scheitern. Es ist zu befürchten, dass nun bilaterale Freihandelsverträge Aufschwung erhalten. Dies bedeutet, dass die kleineren und schwächeren Verhandlungspartner noch stärker als in der WTO durch die grossen Handelsmächte dominiert werden. Für die schweizerische Landwirtschaft werden die Entwicklungen in der EU an Bedeutung zunehmen. Der Bundesrat hat bereits Vorabklärungen, so genannte explorative Gespräche, mit der EU über ein Agrarfreihandelsabkommen beschlossen. Schon jetzt steht jedoch fest, dass eine weitere Marktöffnung der Landwirtschaft Richtung EU die heimische Landwirtschaft unter massiven Druck setzen würde. Voraussetzung für eine weitere Annäherung an die EU wäre zudem, dass auch die vor- und nachgelagerten Bereiche der Landwirtschaft einbezogen sind und dadurch eine bedeutende Kostensenkung erreicht wird..

Ohne die Forderung der WTO im Rücken macht es nun erst recht Sinn, bei der AP 2011 die von unserem Präsidenten, Hansjörg Walter, ausgeführten Forderungen des Bauernverbandes umzusetzen. Dies insbesondere was die Umlagerung der Marktstützung in Direktzahlungen anbelangt. Weil der Druck von Seiten der WTO voraussichtlich für die nächsten Jahre geringer sein wird, erhält die schweizerische Landwirtschaft eine Verschnaufpause. Der Reformprozess darf aber deswegen nicht abgebrochen werden. Das Tempo muss aber der heutigen, bereits angespannten Situation Rechnung tragen. Die Möglichkeit und die nötige Zeit dazu sind nun gegeben.